Dresden, 1880.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Einzel-Numm. 10 Pfge.

Auflage 35000 Exempl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuskripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme auswärtiger Haasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureau d. „Invalidendank". — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

25. Jahrgang.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Abds. 8 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt nur an Plochorlagen: gr. Meißnergasse Nr. 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postanweisung. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

Nacht-Telegramme.

Berlin, 28. Juni. Die Konferenz nahm einstimmig die von dem französischen Botschafter entworfene Konferenzentscheidung an. Dieselbe wird von den Botschaftern den Regierungen unterbreitet, welche dieselbe in Athen und Konstantinopel notifiziren werden. Die Grenze beginnt östlich bei der Mündung des Flusses Maurolongos und bleibt dann auf den höchsten Höhen des Olympes und Pindusgebirge, bei Kanhalzaki erreicht sie den Lauf des Kalamas und folgt demselben bis zur Mündung. Die Zagoritischen Bezirke bleiben bei der Türkei. Die Konferenz erledigte dann einige Secundärfragen, darunter die Gleichberechtigung und Freiheit der religiösen Kulte, die Regelung der Grundeigenthumsverhältnisse auswandernder Muselmänner und die Höhe des von Griechenland zu übernehmenden türkischen Schuldantheils. Alle diese Fragen sind gemäß den Bestimmungen des Berliner Vertrages. Ferner die Fragen über Grenzpolizei und Schiffahrtsverhältnisse. Morgen Sitzung, nach welcher noch eine Sitzung in Aussicht steht.

England. Unterhaus. Gladstone kündigte an, er werde Donnerstag beantragen, daß jedes Parlamentsmitglied, welches beansprucht gesetzlich eine Erklärung an Eides statt jetzt abgeben zu dürfen, solche an Stelle des Eides abgeben darf. Labouchere wird in Folge dessen seinen Antrag nicht einbringen.

Frankreich. Die Bureaus des Senats wählten eine Amnestiekommission. Dieselbe besteht aus 6 Gegnern und 3 Anhängern der Vorlage. Erstere wurden mit 113, letztere mit 103 Stimmen gewählt.

Südamerika. Die Nationaltruppen drangen am 26. Juni in Buenos-Ayres ein und forderten die Garnison auf, innerhalb 24 Stunden zu kapituliren.

Hôtel zum Bad in Tharandt,

schönster, angenehmster Aufenthalt in Tharandt, empfiehlt einem hochgeehrten Publikum, grossen und kleinen Gesellschaften sein Hôtel und Pensionat, Garten, Restaurations-Lokale und Saal. Piano zur gefälligen Benutzung. Stets frische Forellen, gute Küche und Keller. Ausspannung. Hochachtungsvoll **H. W. Donner.**

Nr. 181. Witterung vom 28. Juni: Barometer nach Oskar Wiebold, Waisstraße 19 (Abds. 7 U.) 767 Mill., bei gestern 2 Mill. gefallen, Thermometertag. u. Maxim.: 15° R., niedr. Temp. 10° R., Feuchtigkeit 78, Wind: N.W. Himmel: Morg. u. Mittags bewölkt, Abds. bedeckt. Aussichten für den 29. Juni: Veränderlich, vorwiegend wolkig, zeitweise Regenschauer, Temperatur dieselbe.

Dienstag, 29. Juni.

Abonnement.

Die geehrten auswärtigen Leser der „Dresdner Nachrichten" bitten wir das Abonnement für das dritte Quartal 1880 baldigst erneuern zu wollen, damit wir die Nummern ohne Unterbrechung weiter liefern können.

Sämmtliche Postanstalten des deutschen Reichs und Auslandes nehmen Bestellungen auf unser Blatt an.

In Dresden abonnirt man (incl. Bringerlohn) vierteljährlich mit 2 Mark 50 Pfg., bei den kaiserlichen Postanstalten in Sachsen mit 2 Mark 75 Pfg.

Expedition der Dresdner Nachrichten, Marienstr. 13.

Politisches.

Noch ein Paar Reden und Abstimmungen — und das Kirchendiktaturgesetz hat die Zustimmung des preußischen Abgeordnetenhauses. Das Compromiß, auf dem sich dieses Ja aufbaut, ist nicht mehr zu erschüttern. Voraussichtlich wird die Mehrheit, die für das Gesetz stimmt, nicht sonderlich anständig aussehen, nachdem sich nur 47 Nationalliberale dafür und nicht weniger denn 44 dagegen erklärt haben, aber eine Mehrheit bleibt doch eine Mehrheit, wenn sie auch nur + 1 über die Hälfte der Anwesenden beträgt. Die Regierung setzt ihren Willen voll durch. Scheinbar fügt sie sich den Nationalliberalen, indem sie den Bischofsartikel (§ 4) preisgiebt, aber sie braucht diesen angeblichen Kernpunkt des ganzen Gesetzes gar nicht. Die Bischöfe kehren zwar nicht auf Grund gesetzlicher Erlaubniß, wohl aber königlicher Gnade in ihre Sprengel zurück, und was etwa noch an Formalitäten zu ihrer Wiedereinsetzung in Amt und Würden fehlen sollte, das holt die Regierung am nächsten Landtage nach. Diesem legt sie als einzigen Gesetzesartikel den § 4 des jetzigen Entwurfs vor und läßt ihn sich durch eine conservativ-clerikale Mehrheit bewilligen, was sie jetzt noch nicht haben kann. Zum Scheine sträubt sie sich ein wenig gegen das jetzige Fallenlassen des Bischofsparagraphen, beantragt auch nicht, bei Lelbe nein! selbst dessen Streichung, sondern läßt dies verdrießliche Geschäft durch die Conservativen besorgen. Wie bemerkt, Alles ist wohl arrangirt. Die Reden, die noch gehalten werden, könnten sich die Abgeordneten ersparen. Höchstens können noch Zwischenfälle und Ueberraschungen vorkommen. Eine solche Episode bot die Zänkerei um eine Stelle aus dem Buche des Jesuitenpater Perone. Zuerst hatte der Gegner Bismarck's, Graf Harry Arnim, in seinem Buche: „Der Nuntius kommt", worin er scharfsichtig den bevorstehenden Canossagang des Staates prophezeite, die jetzt vielgenannte Stelle aufgestochen. Der Abg. v. Eynern brachte sie auf die Tribüne des Abgeordnetenhauses. Ihm entgegnete am Sonnabend der clerikale Abg. Dr. Lieber. Aus dem pro et contra ergiebt sich soviel, daß der italienische Jesuit die zum Protestantismus übergetretenen katholischen Italiener meint, wenn er sagt: „Die Protestanten sind der Abschaum der Büberei und sind sittlich Das, was physisch die Pest ist." Es ist also zwar nicht richtig, daß Perone die Protestanten ohne Unterschied mit solchen unfläthigen Ausdrücken zu besudeln sich erdreistet, aber so viel bleibt doch bestehen, daß er unsere neuen Glaubensgenossen so regalirt. Es ist ein durchsichtiges Mäntelchen, wenn der Jesuit behauptet, seine Landsleute hätten sich ihren Glaubenswechsel mit Geld bezahlen lassen. Vielmehr sind höchst ehrenhafte italienische Gelehrte, lediglich ihrer Ueberzeugung folgend, zum Protestantismus übergetreten. Die giftige Wuth, mit welcher die Jesuiten die Bildung einer evangelischen Gemeinde in Rom, die Gründung evangelischer Schulen in der Stadt der Päpste, die Eröffnung einer evangelischen Kirche in der Nähe des Petersdomes ansehen müssen, legt ihnen solche Schmähungen in den Mund. Ein deutscher Abgeordneter aber sollte nicht den traurigen Muth besitzen, von der Tribüne des preußischen Abgeordnetenhauses derartige giftgeschwollene Beschimpfungen der protestantischen Glaubensgenossen zu beschönigen, zu rechtfertigen, zu den seinigen zu machen. Das hat Dr. Lieber gethan, der sich auch nicht schämte, den Hetzantrag der Tiroler Bischöfe zu rechtfertigen. Der Kultusminister v. Puttkamer, in dem sich der Protestant empörte, fand treffliche Worte, diese römischen Anmaßungen zurückzuweisen. Im Uebrigen hindert diese Episode durchaus nicht das Zustandekommen des Gesetzes. Der Papst kann zufrieden sein. Er hat nicht das Geringste nachgegeben, der preußische Staat kommt ihm entgegen, er war schon in Canossa und wird wieder dahin pilgern.

Einstimmig hat die griechische Conferenz dem Vorschlage Frankreichs zugestimmt, was und wieviel von Thessalien und Epirus von der Türkei an Griechenland abzutreten sei. Es ist das nicht so viel, als Rußland in seiner plötzlich erwachten höchst verdächtigen Griechenschwärmerei dem bisher von ihm mit Mißtrauen und Abgunst behandelten Hellenenvolke zu gewähren beflissen war. Den Griechen lag aber mehr daran, ein einstimmiges Gutachten der Großmächte Europas zu erzielen, als sich eine noch größere Gebietsanweisung seitens einer einzelnen Macht ausstellen zu lassen. Von der Einmüthigkeit Europas versprechen sich die Griechen einen unwiderstehlichen moralischen Druck auf die Türkei. Die Diplomaten sind nicht wenig stolz auf ihr Berliner Werk, sie thun so, als ob von „dem Bischen Janina", das die Türken hergeben sollen, kein großer Conflikt zu befürchten sei. Andere Leute halten das für eine der vielen mehr oder weniger freiwilligen Selbsttäuschungen, in denen die Staatskünstler unserer Tage so stark sind. Noch niemals hat sich die Türkei um den Ausspruch einer Diplomaten-Conferenz gekümmert, es sei denn, die Waffen lagen bereit, um dem Beschlusse nachdrücklich zur Ausführung zu verhelfen. Sie weiß nur zu genau, daß die jetzige Einigkeit der Mächte in der gewünschten Frage nur leerer Schein ist und daß Europa nicht um des Bischen Janinas willen einen Kreuzzug gegen den Halbmond unternimmt. Vor den Griechen allein fürchtet sich aber der Sultan nicht. Ist auch der türkische Staat verfault und zertrümmert, so ist doch die türkische Rasse, die muhamedanische Religion und vor Allem ein sehr tüchtiges türkisches Heer vorhanden. Nirgends in der Welt bessere Soldaten als die türkischen! Wird von ihnen Griechenland, mit dessen Streitkräften es nicht zum Besten steht, geschlagen, können dann die Großmächte, die es zum Kriege ermuthigte, es im Stiche lassen? Eine europäische Intervention aber im Oriente entfesselte den allgemeinen Krieg. Die Meinung also, daß die Conferenz trotz ihrer Einmüthigkeit, statt ein Friedenswerk zu schaffen, nur sehr bedenklichen Zündstoff aufgehäuft hat, ist sehr berechtigt. Wenn außer dem Kriege zwischen Türken und Griechen noch der Kampf zwischen Albanesen und Montenegrinern entbrennen, die Bulgaren aber, wie es scheint, sich Europa zum Trotz mit Ostrumelien vereinigen sollten, dann stünde Europa vor neuen schweren Erschütterungen.

In Oesterreich hat sich das Ministerium Taaffe zum dritten Male gehäutet. Alle deutschen Minister, die treu zur Verfassung standen, sind abgegangen. In der redlichen Absicht, eine Versöhnung der Nationalitäten Oesterreichs herbeizuführen, hielten die Herren v. Stremayr, v. d. Horst und v. Korb in der Regierung aus; sie brachten das Opfer ihrer politischen Ueberzeugungen umsonst; vergebens unterzeichnete der Justizminister Stremayr die vielberufene Sprachenzwangsverordnung. Wie sehr sie dadurch auch die Deutschen schädigten — den Slaven thaten sie noch viel zu wenig. Es hat dem Landesvertheidigungsminister v. d. Horst Nichts genutzt, daß ihm allein zu Liebe zahlreiche deutsche Abgeordnete für das zehnjährige Wehrgesetz stimmten. Auch dieser der Krone geleistete enorme Dienst rettete ihn nicht vor dem Sturze durch die Czechen und Römlinge. Verbraucht, gebrochen, von den eigenen Landsleuten zurückgestoßen, von den Czechen verhöhnt, treten diese vier deutschen Minister zurück. Möge ihnen die Pension leicht werden! Die Schaufel Erde, die der Staat in so ein Ministergrab schüttet, kommt den Bürgern hoch genug zu stehen, denn in Oesterreich giebt es viele Dutzende Exminister mit sehr hohen Ruhegehältern. Ihre Nachfolger sind scheinbar nur Arbeits- und Fachminister, keine Politiker. Von dem polnischen Professor der Nationalökonomie, Dunajewski, besorgt man, er werde als Finanzchef zur Aufbesserung der österreichischen Finanzen eine Herabsetzung der Zinsen der Staatsschuld vorschlagen; als Justizminister dient Herr v. Streit, bisher Präsident des mährischen Landesgerichtes, ein Jurist von vielen Kenntnissen; als Handelsminister Herr v. Kremer, ein gründlicher Kenner des Orients, als Landesvertheidigungsminister Graf Welserheimb, ein ausgezeichneter Generalstäbler, der das Ministerium mit demselben Pflichtgefühl und Gehorsam in Besitz nimmt, mit dem er eine feindliche Batterie stürmen würde. Wie lange werden diese „Fachminister" ihres Amtes walten, da sie den Czechen und Römlingen zur Slavisirung Oesterreichs schließlich doch nicht genügen werden?

Gestern, am Montage, sollte der Senat Frankreichs die Amnestie beschließen. Würde er sich ihr widersetzen, so würde der Präsident Grévy den Rest der Kommunarden ohne Weiteres begnadigen. Dann kehrten diese Herren zwar nach Frankreich heim, hätten aber kein Anrecht auf politische Ehrenämter. Wie dies auch ausläuft, Gambetta hat dadurch, daß er sich zum Anwalte der Amnestie machte, keineswegs die Radikalen versöhnt. Diese sind vielmehr wüthend, daß Gambetta ihnen denjenigen Agitationsstoff, mittelst welchem sie auf die Massen vorzugsweise wirkten, entzogen hat. Er zerbrach mit kraftvoller Hand das populäre Instrument, das sie mit Erfolg zu spielen verstanden. Sie fürchten ferner, daß Gambetta die Amnestie nicht für, sondern gegen die Kommunarden gemacht hat und daß er für sie ein sehr gefährlicher Gegner werden und die Umsturzbestrebungen der Heimgekehrten mit rücksichtsloser Energie unterdrücken könnte. Deshalb verlangen sie, daß er Ministerpräsident werde, damit der Diktator Frankreichs sich auf diese Weise allmälig abnutze und aufbrauche. Der Pariser Gemeinderath erschöpft sich mittlerweile in Huldigungen der Helden der 1789er Revolution. Er hat beschlossen Gedenktafeln an den Häusern von Camille Desmoulins, der im Garten des Palais Royal das Signal zum Sturm auf die Bastille gab, und von Danton, dem großen Blutmenschen der Revolution, am 14. Juli dankbar und feierlich enthüllen zu lassen. Die nächste Sorge Frankreichs aber bietet die morgen bevorstehende Schließung der geistlichen Ordenshäuser. Die meisten derselben haben Vorbereitungen zu ihrer Auflösung getroffen. Ein Mitglied wird in jedem Kloster zurückbleiben und ein Dokument vorzeigen, wornach das Gebäude sein Eigenthum ist. Die anderen Ordensleute sind seine „Gäste", soweit sie nicht in ihre Familien zurückgekehrt sind, was wohl Viele thun werden, da die Nachbarstaaten Frankreichs, selbst Belgien und Spanien, von dem Jesuitenzuzuge Nichts wissen wollen. Die Ausführung der Märzdekrete wird den republikanischen Justizbehörden zwar noch manche Sorge bereiten, sie wird aber erleichtert dadurch, daß freiwillig eine Masse Richter und Justizbeamter auf ihre Aemter verzichten, um nicht jene ihnen verhaßten Gesetze vollstrecken zu müssen.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Berlin, 27. Juni. Abgeordnetenhaus. Schlußberathung der Kirchenvorlage. Dr. Windthorst sucht den üblen Eindruck der Schrift des Jesuiten Veronne und der Unduldsamkeit der tiroler Bischöfe abzuschwächen. Man habe die Verantwortung für das Scheitern des Friedens dem Centrum zugeschoben. Könne man die Heuchelei weiter treiben? (Hoho!) Präs.: Kann ich annehmen, daß Sie den Ausdruck Heuchelei auf keine Partei oder kein Mitglied dieses Hauses angewendet haben? Windthorst: Ich habe kein Mitglied des Hauses gemeint. Wenn die in der Regierungsvorlage fakultativ gewahrten Concessionen definitiv ausgesprochen gewesen wären, würde das Centrum zugestimmt haben, und wenn das Haus die Anträge des Centrums angenommen — und dieselben stellten in der That das Minimum des zu Fordernden dar — „dann wären wir als versöhnte Brüder auseinander gegangen". (Heiterkeit.) von Eynern: Er werde nur für die Vorlage stimmen, wenn die Regierung erkläre, später keine Vorlage, welche den Bischofs-Artikel wieder herstellt, einbringen zu wollen. Anläßlich der Klostervorgänge zu Münster verliest er die Erklärung eines Fräuleins in der „Westphäl. Prov.-Ztg.", wonach dasselbe als Büßerin in ein Kloster eingesperrt und wider seinen Willen gefangen gehalten wurde. Sie habe nur mittelst Steigens durch das Fenster in Freiheit gelangen können. Kultusminister von Puttkamer: Die von dem Abg. von Eynern geforderte Erklärung sei vielleicht in der parlamentarischen Praxis ohne Vorgang. Durch die kurze Dauer des Gesetzes erledige sich dieselbe übrigens. Dr. Virchow „zerpflückt" einen Brief des Reichskanzlers an den Abg. v. Rauchhaupt, der in irgend einem Kreisblättchen abgedruckt ist und persiflirt unter großer Heiterkeit das „Prinzip" des Abg. v. Rauchhaupt: „Wir retten, was zu retten ist". Das sei doch kein Prinzip, höchstens das des Flüchtlings, der seine Prinzipien hinter sich läßt und nur sein Leben zu retten trachtet. Das Gesetz sei ein Rückzugsgesetz: dafür sehe es das Volk an, das die Sachen nur immer im Ganzen betrachte. v. Schorlemer-Alst erklärt, daß das Mädchen, auf welches v. Eynern exemplificirte, einen anderweiten Brief an ihren Vater gerichtet habe, in dem es mittheilt, nur einige Tage in einem Zimmer zurückgehalten worden zu sein. Das Zimmer sei amtlich untersucht und für ordnungsmäßig befunden worden. v. Eynern: In dem Briefe des Mädchens steht, daß das Zimmer verdunkelt worden und weder Tisch, noch Stuhl, noch Lampe sich darin befunden habe. v. Rauchhaupt nennt die Fortschrittler prinzipielle Neinsager. Dr. Virchow remonstrirt dagegen. Es wird in die Einzelberathung eingetreten, welche Anlaß zu ausführlichen Erörterungen über die Grenzen des Gnadenrechts des Monarchen gaben. v. Leonhardt legte eingehend dar, daß die Begnadigung einem Verurtheilten nicht das Amt, dessen er nach dem Gesetz entsetzt worden, wiedergeben könne, ebenso wenig, als sie eine bereits abgebüßte Strafe nicht wieder aufheben könne. § 1 (Erlaß des Nachweises wissenschaftlicher Vorbildung und der deutschen Reichsangehörigkeit), § 2 (Berufung gegen die Entscheidung der kirchlichen Behörden) und § 4 (Rückkehr der Bischöfe) werden abgelehnt. Hierauf wird das ganze Gesetz mit 206 (Konservative und der Hauptheil der Nationalliberalen) gegen 202 Stimmen (Centrum, Polen, Fortschrittspartei und ein Theil der Liberalen, darunter auch Dr. Falk) angenommen. — Die Kommission des Herrenhauses zur Berathung der Kirchenvorlage tritt am Donnerstag zusammen.

Frankreich. Eingeweihte Kreise halten es nicht für ernstlich, daß die Pforte gegen die Ausführung des Griechen-Konferenzbeschlusses Schwierigkeiten bereiten wird, da die bei der griechischen Frage interessirten Mächte der Pforte Erleichterungen ihrer finanziellen Schwierigkeiten gewähren wollten.

Berliner Börse vom 28. Juni. Der Ultimo ist glücklich überwunden und die Spekulation engagirt sich von Neuem. Die Börse setzte ihre steigende Bewegung bei lebhaftem Geschäft fort. Meldungen von günstigen Ernte-Erträgnissen beeinflussen wohlthätig die Course der österreichischen Eisenbahnwerthe und ungarische Renten, wie überhaupt alle Staatsrenten. Diese ziehen nun auch die übrigen Papiere auf allen Linien mit empor, so daß von specieller Begünstigung irgend eines bestimmten Papieres nicht die Rede sein kann. Dazu kommt, daß auch von den auswärtigen Börsen befriedigende Stimmungsberichte vorlagen. Sächs. Werthe, namentlich Industrien, belebt.

Lokales und Sächsisches.

— Se. Maj. der König kam gestern Vormittag behufs Erledigung von Regierungsgeschäften von Pillnitz aus nach dem königl. Residenzschloß. Höchstderselbe nahm gegen ½12 Uhr die Vorträge der Herren Staatsminister, sowie die Rapporte der höheren Hofbeamten ꝛc. entgegen (den zur Audienz erschienenen Comiteemitgliedern für das vom 11. bis 15. Juli in Pirna stattfindende Bundesschießen, den Herren Eberlein, Ihle und Rudolph, sicherte Se. Majestät höchstseine Theilnahme zu) und erfolgte die Rückfahrt nach Pillnitz gegen 2 Uhr Nachmittags. Auch Se. K. H. der Prinz Georg war von seiner Villa Hosterwitz aus nach der Residenz gekommen und begab sich behufs Abwickelung von dienstlichen Angelegenheiten nach den Bureaus des königl. Generalkommandos. Die Rückfahrt nach Hosterwitz erfolgte gegen ½2 Uhr Nachmittags.

— Auch dieses Jahr hat Se. Maj. der König das Interesse, welches er an dem humanen Gedanken der Ferienkolonien nimmt, wiederum bethätigt. Gestern zahlte auf Befehl Sr. Majestät die königliche Chatouillenkasse unserem Redacteur Dr. Biereye, als einem Vorstandsmitgliede der Ferienkolonien, die Summe von 150 Mark aus.

— Der Lehrer Mulke in Meinsberg hat das Albrechtskreuz erhalten.

— Der frühere Gerichtsreferendar, dermalen bei der Königl. Polizeidirektion Dresden als Accessist fungirende Dr. jur. Georg Uhlemann ist bei der nurgedachten Behörde vom 1. Juli d. J. ab als Polizeireferendar angestellt worden.

— Herr Polizeipräsident Schwauß hat am 26. Juni einen mehrwöchigen Urlaub angetreten und wird während Abwesenheit desselben Herr v. Bose die Geschäftsleitung bei der Königl. Polizeidirektion übernehmen.

— Herr Kreishauptmann v. Einsiedel hat einen Urlaub bis Ende Juli angetreten.

— Morgen übernimmt der königl. Ordonnanzoffizier Herr Hauptmann v. Kirchbach auf die Dauer von vier Wochen den Dienst bei Sr. Maj. dem König und wird Höchstdenselben auch auf der an diesem Tage erfolgenden Reise nach Leipzig und demnächst nach dem Erzgebirge begleiten.

— Aus Anlaß der Versetzung des Herrn Amtshauptmanns Berndt von hier als Geh. Regierungsrath zur Kreishauptmannschaft Bautzen hatten, wie bereits gemeldet, die Gutsvorsteher und Gemeindevorstände des hiesigen amtshauptmannschaftlichen Bezirks beschlossen, ihrem scheidenden Verwaltungs-Chef ein Andenken in Form eines Photographie-Albums zu verehren. Bei der am 24. d. M. in Bautzen durch eine Deputation erfolgten Ueberreichung dieses glänzend ausgeführten, aus dem Atelier des Herrn Hoflieferant Wachtmann hier hervorgegangenen Albums, welches mit circa 130 bis 140 Photographien ausgestattet ist, hielt Herr Gemeindevorstand Freiherr v. Kap-herr aus Drohlis die Ansprache an den Herrn Geh. Regierungsrath Berndt, welcher seiner Freude über das prachtvolle Geschenk wiederholt mit herzlichen Worten Ausdruck gab und die Bitte aussprach, allen bei der Widmung betheiligten Herren seinen wärmsten Dank auszudrücken. Nachdem die Mitglieder der Deputation in der kgl. Kreishauptmannschaft Bautzen dem Herrn Kreishauptmann von Beust vorgestellt worden waren und einen Spaziergang durch die Stadt gemacht hatten, vereinigte sie ein splendides Diner wieder mit dem Herrn Geh. Regierungsrath Berndt im Hotel zur Weintraube, wo sich auch Herr Kreishauptmann von Beust zur Besichtigung des Albums einfand, über dessen Ausführung er sich mit vollster Anerkennung aussprach.

— Der preußische Minister des Innern macht darauf aufmerksam, daß in jüngster Zeit mehrfach neue Kartoffeln,